

nordrhein-westfälischen Schülerinnen und Schüler auf dem Weg hin zu einer überlegten Berufswahl qualifizierend begleiten. Das ist konkrete Politik. Wir handeln und halten uns nicht mit Allgemeinplätzen auf.

(Beifall von CDU und FDP – Sören Link [SPD]: Luftblasen!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Thoben. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir sind damit am Ende der Beratung des Eilantrags.

Über diesen Antrag ist auf Wunsch der antragstellenden Fraktion direkt abzustimmen. Wir stimmen damit direkt über den Inhalt des **Eilantrages Drucksache 14/6577** der Fraktion der SPD ab. Wer ist für diesen Eilantrag? – Die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich der Stimme? – Niemand. Damit ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen der Eilantrag **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

9 Mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen durch Offenlegung der Vorstandsvergütungen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6527

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, diesen Tagesordnungspunkt ohne Debatte zu behandeln.

Wir kommen daher gleich zur Abstimmung über die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/6527** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Ältestenrat empfiehlt, diesen Antrag an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** – federführend – sowie an den **Hauptausschuss** zu überweisen. Die abschließende Beratung und Abstimmung wird dann im Plenum in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist für diese Überweisung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist diese Überweisung einstimmig erfolgt.

Ich rufe auf:

10 Gebührenfreiheit für das letzte Kindergartenjahr und Elternbeitragsdefizitausgleich einführen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6530

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6588

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion dem Kollegen Jörg das Wort.

Wolfgang Jörg^{*)} (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Landesregierung hat ein ideologisches Prinzip: Sie teilt Menschen immer nur in Gewinner und Verlierer ein.

(Unruhe)

Vizepräsident Oliver Keymis: Entschuldigung, Herr Kollege, ich muss kurz unterbrechen. – Kolleginnen und Kollegen, ich verstehe nicht ganz, warum hier Unruhe herrscht. Vielleicht erklärt es mir jemand. Für den Fall, dass es keine Erklärung gibt, möchte ich darum bitten, dass wir etwas mehr Ruhe im Haus walten lassen, damit der Redner seine Ausführungen machen kann, und dass Sie Ihre Gespräche draußen oder hier so leise führen, dass es niemanden stört. Danke für Ihr Verständnis.

(Beifall von der SPD)

Bitte schön, Herr Kollege Jörg.

Wolfgang Jörg^{*)} (SPD): Markt, Konkurrenz, Wettbewerb und Druck, das ist die neoliberale Zauberformel für unsere Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen.

Sie stellen mit dem KiBiz und Ihrer Politik für Kinder und Jugendliche Gemeinden gegeneinander auf, indem Sie verursacht haben, dass überall unterschiedliche Bedingungen herrschen.

Sie stellen Träger gegeneinander auf im Wettbewerb um Kinder.

Sie stellen Erzieherinnen und Erzieher gegeneinander auf im Wettbewerb um ihre Jobs; gerade jüngere und ältere werden in große Konflikte kommen, weil ältere für die Träger zunehmend zu teuer werden.

Aber Sie stellen auch Eltern gegeneinander auf, weil in 5 bis 6 km Entfernung völlig unterschiedliche Beiträge in Nordrhein-Westfalen gezahlt werden und nicht, weil Kommunen und Städte das aus eigener Kraft anders gestalten wollen, sondern weil sie aufgrund ihrer finanziellen Lage und des ewigen Abwälzens von Kosten auf die Kommunen durch die Landesregierung nicht anders können, als Elternbeiträge zu erhöhen.

(Beifall von der SPD)

Wir haben heute Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehört, dass die Anmeldezahlen – das freut uns alle – so sind, wie wir das prognostiziert haben. Das löst aus, dass das Land 50 Millionen € mehr braucht. Aber es löst auch aus, dass die Kommunen und Gemeinden 50 Millionen € mehr drauflegen müssen. Das können sehr viele Kommunen und Gemeinden nicht. Allein 19 der 23 Großstädte in Nordrhein-Westfalen sind im HSK verhaftet. Die werden ihre Kosten an die Eltern weitergeben müssen, weil ihnen finanziell gar kein anderer Spielraum bleibt.

Das heißt, Ihre neoliberale Grundeinstellung, die Sie jetzt auch in der Kinder- und Jugendpolitik anwenden, reibt die Zusammenhänge auf und die Struktur wird angegriffen.

Deshalb ist es wichtig – das ist die erste Forderung in unserem Antrag –, dass Sie wieder Verantwortung für die Kinder und gerade für die ärmsten Kinder im Land übernehmen. Führen Sie den Elternbeitragsdefizit ausgleich wieder ein, unterstützen Sie die Kommunen bei den Anstrengungen, den Eltern ein vernünftiges Angebot zu bieten und die Kinder vernünftig unterzubringen!

(Beifall von der SPD)

Anders, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eine Chancengleichheit auch nicht zu organisieren. Ich frage mich, was Sie unter Chancengleichheit überhaupt verstehen. Es wäre nett, wenn mir das gleich jemand von Ihnen einmal erklären könnte. Denn die Eltern immer weiter zu belasten – das haben ursprünglich Sie im Landtag ausgelöst –, das kann nicht dazu führen, dass die Kinder eine höhere Chancengleichheit bekommen, ganz im Gegenteil.

Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und die Zeitschrift „ELTERN“ haben mit dem vorgelegten Kindergartenmonitor erstmals einen bundesweiten Kindergartengebührenvergleich präsentiert.

Aus diesem Vergleich geht eindeutig hervor, dass es eine große Rolle spielt, in welcher Stadt man geboren wurde. Es ist die Gnade, wie es in dem Monitor heißt, des richtigen Wohnortes, ob man gute oder schlechte Bedingungen vorfindet. Das liegt nicht an den örtlichen Kommunalpolitikern oder an den örtlichen Oberbürgermeistern, sondern letztlich allein an der Situation des Haushaltes der jeweiligen Stadt.

Der Kindergartenmonitor stellt ferner fest, dass die prozentuale Belastung der Eltern umso geringer wird, je höher das Einkommen ist. Das, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ist keine

Chancengleichheit, sondern es zeigt eindeutig, dass Sie mit Ihrer Politik eine Ungleichheit organisieren, die vor allen Dingen unsere Kinder trifft. Es trifft nicht die Kommunen und Städte in der Weise, dass man die Folgeschäden nicht korrigieren könnte. Aber die Schäden, die bei den Kindern hängenbleiben, wenn sie nicht vernünftig versorgt werden – und das haben Sie ausgelöst –, sind schon umfangreicher.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, den ich anführen möchte, ist zu berücksichtigen.

Meine Stadt Hagen ist im Haushaltssicherungskonzept. Wir haben große finanzielle Probleme, weil wir die Lasten alleine nicht mehr werden stemmen können, auch in Zukunft nicht. Wir brauchen die Hilfe Dritter, die übrigens durch das Land nicht organisiert wird.

Einige Kilometer weiter ist die Stadt Breckerfeld im Ennepe-Ruhr-Kreis finanziell proper aufgestellt. Dort herrschen herrliche finanzielle Verhältnisse vor. Diese Stadt bietet allen Eltern, die mit ihren Kindern nach Breckerfeld ziehen, als eine Art Willkommensgruß 2.000 € pro Kind, wenn sie in Breckerfeld bauen.

Sie wissen – denn das liegt in Ihrer Verantwortung –, dass die Großstädte immer mehr ausbluten und dass wir erhebliche strukturelle Probleme haben. Aber mit genau dieser Ihrer Politik organisieren Sie das weitere Ausbluten unserer Großstädte. Wir haben in der Konkurrenz – beispielsweise als Stadt Hagen zu Breckerfeld – überhaupt keine Chance, Familien nach Hagen zu holen und ihnen ein Angebot zu machen, wie es zum Beispiel die Kolleginnen und Kollegen aus Breckerfeld tun. Diese Ungerechtigkeit, diese Chancengleichheit wird hier organisiert.

Deshalb verstehe ich auch – und nur in diesem Sinne verstehe ich auch – zum Beispiel die Kollegin Milz, wenn sie davon spricht, dass das KiBiz ein Erfolg wäre oder dass es sich andeute, dass das eine Erfolgsstory werden könnte. Erfolg verstehen Sie, wenn Sie Ungleichheit herstellen, wenn Sie die Welt in Gewinner und Verlierer aufteilen. Das machen wir nicht mit, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich bitte Sie, unterstützen Sie unseren Antrag! – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Jörg. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Kollege Kern.

Walter Kern (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Ich bin sicher, Sie kennen alle diesen Film, in dem der Protagonist Phil Connors in einer Zeitschleife festsitzt und jeden Morgen um 6 Uhr im gleichen Hotelzimmer aufwacht. Auch Sie, meine Damen und Herren von der SPD, hängen anscheinend in dieser Zeitschleife.

Anders als bei Phil Connors, der sich vom Zyniker zu einem hilfsbereiten Menschen entwickelt, findet bei Ihnen derzeit kein Erkenntnisgewinn statt. Bei Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, heißt es nach wie vor, täglich Forderungen nach Gebührenfreiheit für das letzte Kindergartenjahr sowie nach der Wiedereinführung des Verfahrens zum Elternbeitragsdefizitausgleich zu stellen.

Wenn Sie uns nicht eine so riesige Altlast im Haushalt hinterlassen hätten, dann würden wir heute mit unseren Zielen schon wesentlich weiter sein. Sie haben eine Mentalität von Pontius Pilatus. Sie waschen Ihre Hände tüchtig in Unschuld. Auch wenn wir diese Themen bereits mehrfach ausführlich diskutiert haben: Es fällt Ihnen sonst nichts ein.

Diesmal haben Sie allerdings einen anderen Aufhänger gefunden, nämlich den sogenannten Kindergartenmonitor, der im März dieses Jahres einen bundesweiten Überblick über die Kindergartengebühren in den hundert größten Städten der Bundesrepublik gegeben hat. In Ihrem Antrag vergessen Sie allerdings darauf hinzuweisen, dass dort Nordrhein-Westfalen bereits im Mittelfeld liegt, wobei die letzten Änderungen darin noch gar nicht berücksichtigt sind.

Zu Recht weisen Sie in Ihrem Antrag auf die Bedeutung einer frühen kindlichen Bildung hin, auf die Startbedingungen. Da sind wir durchaus bei Ihnen. Warum fordern Sie aber ausgerechnet die Beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr? Wäre vor diesem Hintergrund nicht ein beitragsfreies erstes Kindergartenjahr von Wichtigkeit? Auch derartige Überlegungen werden in der Fachwelt diskutiert. Ich finde Ihren Antrag nicht schlüssig.

Unabhängig davon ist das Ziel der Landesregierung und der sie tragenden Koalitionsfraktionen, mittelfristig zu einer Beitragsfreiheit von Kindertageseinrichtungen zu kommen. Die Kommunen entscheiden über die Gebühren selbstständig.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Kern, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Link?

Walter Kern (CDU): Ich gestatte keine Zwischenfrage, weil wir diese Themen hier schon oft diskutiert haben und ich mich hier nicht als Zeiträuber betätigen will.

Vorrangig ist für uns aber zunächst der bereits begonnene forcierte Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige, der in den kommenden Jahren konsequent fortgesetzt wird. Wir haben in Ihrer Regierungszeit den Anschluss an die anderen Länder verpasst und bundesweit das Schlusslicht abgegeben. Wir hatten im wahrsten Sinne des Wortes die rote Laterne. Seit Regierungsübernahme haben wir kontinuierlich diese Aufgabenstellung bearbeitet und können mit Inkrafttreten des KiBiz bereits eine führende Position einnehmen.

Die Qualität in den Kindertageseinrichtungen ist zudem deutlich besser, als Sie es heute Morgen dargestellt haben. Ich bin den Erzieherinnen sehr, sehr dankbar, dass sie eine solch qualitätvolle Arbeit leisten. Es ist eine schlichte Unverschämtheit, dass Sie diese Arbeit hier nicht entsprechend würdigen. Dies entspricht übrigens auch den Wünschen der Eltern, die bereit sind, Geld dafür zu bezahlen, wenn die Qualität stimmt und verlässlich ihren Bedarfen entsprochen wird, wie wir das mit dem KiBiz realisieren.

Zudem möchte ich Sie daran erinnern, dass das Thema Beitragsfreiheit in Ihrem Wahlprogramm, als Sie noch damit rechneten, wiedergewählt zu werden, mit keinem Wort erwähnt worden ist. Von einem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, wie es Ihr Leitantrag aus dem vergangenen Jahr „Die beste Bildung für alle“ fordert, ist hierin ebenso wenig die Rede wie von einer schrittweisen Einführung der Beitragsfreiheit für Kindertageseinrichtungen.

Ich möchte an dieser Stelle nochmals an die Aussagen des Kollegen Jäger erinnern, der ehrenwerterweise anwesend ist. Er hat die Haltung der SPD zum Thema „Gebührenfreiheit“ zu Regierungszeiten, wie ich finde, sehr passend wiedergegeben. Er hat in der Sitzung des Kommunalausschusses am 30. April 2003 zum Antrag der FDP-Fraktion „Kostenfreiheit des Bildungsangebots von Tageseinrichtungen für Kinder“ gesagt, was ich mit Erlaubnis des Präsidenten aus dem Ausschussprotokoll zitiere:

„Ralf Jäger (SPD) meint, für einen Vertreter des Kommunalausschusses möge es sich nicht unbedingt erschließen, wenn im Antrag gefordert werde, auf Elternbeiträge zulasten des Landes und eben auch der Kommunen zu verzichten. ... Auch nach liberalem Gedankengut sei es kon-

sequent, wenn staatliche Leistungen Erwerbstätigkeit ermöglichen und für diesen Betreuungsteil ein angemessener Beitrag von den Eltern erwartet werde, der im Übrigen in Nordrhein-Westfalen extrem sozial gestaffelt sei ... Insofern würde mit dem Antrag ein falscher Anreiz gegeben, da er, wenn eine qualitativ hochwertige Einrichtung, die den Eltern ermögliche, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, völlig kostenlos zur Verfügung gestellt werde, am Zeitgeist vorbeigehe.“

(Ralf Jäger [SPD]: Jetzt zitieren Sie auch komplett weiter!)

Herr Kollege Jäger, wie stehen Sie heute zu dieser Aussage und wie bringen Sie diese mit dem heute zur Abstimmung vorgelegten Antrag Ihrer Fraktion in Einklang?

So viel an dieser Stelle zu der von Ihnen geforderten Gebührenfreiheit für das letzte Kindergartenjahr.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen lassen sich nicht so leicht täuschen. Ich bin froh, dass ich die Menschen auch darauf hinweisen kann.

Zum Wegfall des Verfahrens für den Elternbeitragsdefizitsausgleich: Auch hierüber haben wir bereits ausführlich gesprochen. Ich rufe aber die Angelegenheit gerne noch einmal ins Gedächtnis. Zunächst gab es, noch unter der Regierungsverantwortung von Rot-Grün, konkrete Pläne zur Abschaffung des Verfahrens zum Elternbeitragsdefizitsausgleich. Auch hierzu das Zitat:

„Die Elternbeiträge sollen analog der neuen Regelung der offenen Ganztagschule ausgestaltet werden. Das Land gibt lediglich den Höchstbetrag sowie die Notwendigkeit einer sozialen Staffelung der Elternbeiträge zwingend vor. Die Kommunen entscheiden sowohl über die Erhebung an sich als auch über die Staffelung und die Höhe der Beiträge. Mit dieser Neuregelung wird sich das Land aus der sogenannten Defizitausgleichsregelung zurückziehen, nach der bislang das Land und die Kommunen jeweils zu 50 % für die Defizite einstanden, die aus nicht eingenommenen Elternbeiträgen herühren.“

Das spricht für sich und muss nicht kommentiert werden.

Mit der Abschaffung des Verfahrens zum Elternbeitragsdefizitsausgleich, welche unabhängig vom KiBiz bereits im Jahre 2006 umgesetzt wurde, haben wir die Entscheidung über die Elternbeiträge auf die Jugendämter und die Verantwortung auf die Kommunen übertragen. Die Kommunen stel-

len sich diesem Wettbewerb. Dieser Wettbewerb wirkt preisdrückend. Das ist sehr deutlich zu sehen. Ich denke, das wird sich in den nächsten Jahren sehr gut entwickeln. Von daher haben wir hierzu schon sehr gut aufgeschlagen.

Ich werde die weiteren Kommentare meinem Kollegen Bernhard Tenhumberg überlassen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Kern. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Lindner das Wort.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben dieses Thema hier schon gelegentlich beraten, und deshalb will ich nur einige wenige Anmerkungen machen und eigentlich schon bekannte Argumente in Erinnerung rufen.

Zum einen – damit will ich beginnen – hat der Kollege Wolfgang Jörg den Eindruck erweckt, in Nordrhein-Westfalen habe es jetzt so etwas wie eine neoliberale Wende in der Kindergartenpolitik gegeben. – Wenn wir dieses Argument ernst nehmen, dann müsste die jetzige Rechtslage in Nordrhein-Westfalen mit der Kommunalisierung der Beitragshöhe für Kindertageseinrichtungen eine bundesweite Besonderheit sein.

Das Gegenteil ist aber der Fall. Die weit überwiegende Zahl der Bundesländer – ich muss sehr genau überlegen, ob ich mich überhaupt noch an ein Bundesland erinnere, das eine landeseinheitliche Tabelle hat – ist in diesem Bereich so aufgestellt wie Nordrhein-Westfalen jetzt.

Das hat auch gute Gründe; denn es ist erstens sinnvoll, dass örtliche Entscheidungsträger in Kenntnis ihrer lokalen Gegebenheiten auch darüber entscheiden, was den Eltern zumutbar ist und was notwendig ist, um ein qualitativ hochwertiges Angebot bereitzuhalten.

Das ist auch aus einem zweiten Grund sinnvoll. Prinzipiell ist es aus meiner Sicht vorteilhaft, wenn Finanz- und Fachverantwortung zusammengelegt werden. Das ist auch deshalb sinnvoll, weil die Elternbeiträge eingezogen werden müssen. Immer dann, wenn eine andere Körperschaft Kostenträger ist, könnte im Verwaltungsvollzug möglicherweise eine gewisse Laxheit eintreten. Wir hatten solche Fälle in Nordrhein-Westfalen unter dem alten GTK. Insofern ist die Kommunalisierung technisch sinnvoll.

Ein zweites Argument, das gegen Ihren Antrag spricht: Es ist mitnichten so, dass in Nordrhein-Westfalen eine breite Überlastung der Eltern eingetreten wäre. Wir stellen fest, dass immer noch über ein Fünftel der Kinder die Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen besucht, ohne dass die Eltern überhaupt einen Beitrag entrichten, denn die Kommunen haben die Elternbeitragsregelung mit Blick auf die Geschwister verlängert oder aufgrund der Einkommensstaffelung Familien komplett von der Beitragszahlung befreit.

Es gibt also nach wie vor die sehr breite Bereitschaft, auch für Einkommensschwächere Verantwortung zu übernehmen. Wir haben das seitens des Landes 2006, aber auch im Zusammenhang mit dem KiBiz gesetzgeberisch unterlegt.

Zum einen ist im Landesgesetz weiter festgeschrieben, dass es eine soziale Staffelung geben muss. Zum anderen haben wir aber im Zuge der Beratungen über das KiBiz ein zweites Kriterium, das hier noch nicht genannt worden ist, eingefügt, nämlich dass die Orientierung an der Elternbeitragstabelle nicht zu einer wirtschaftlichen Überlastung der Eltern führen darf.

(Beifall von der CDU)

Das ist insbesondere für Kommunen mit einem Haushaltssicherungskonzept wichtig, die die kalkulatorischen 19 % nicht erreichen können und daher zu übermäßigen Erhöhungen gezwungen wären. Das sind sie jetzt aber nicht mehr, weil unter der Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Eltern hier eine größere ...

(Zuruf von der SPD)

– Natürlich weiß das der Innenminister. Wenn Sie sich informieren: Die einschlägige Rechtsprechung sieht eine Steigerung der Beiträge um 20 % als verhältnismäßig an, weil sie über 13 Jahre lang nicht angepasst worden sind. Das entspricht ungefähr auch dem Kriterium der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern, das mit zu berücksichtigen ist.

Bei der Würdigung des zweiten Aspektes komme ich also ebenfalls zu dem Ergebnis: Ihr Antrag ist nicht erforderlich.

An dem dritten Punkt begegnen wir uns, entfernen uns aber gleich wieder voneinander, nämlich wenn es um die Frage geht: Sind Familien möglicherweise überlastet? Müssen Familien als diejenigen, die die Mitte der Gesellschaft bilden, entlastet werden? In dem Punkt begegnen wir uns. Als Freie Demokraten sind wir mit Ihnen dieser Auffassung.

Aber wir wollen auch analysieren, was die Quellen der Belastung von Familien sind. Auch wenn Ihnen das Argument nicht schmeckt, wenn es Ihnen über ist, weil Sie als nicht prinzipientreu und unzuverlässig erpapt werden, und weil das die Vorgeschichte der Beck'schen Wende war, die wir in den letzten Wochen erlebt haben, kann ich Ihnen nicht ersparen, auf die Erhöhung der Belastungen der Familien durch die Große Koalition hinzuweisen.

Wenn Sie die Familien also tatsächlich entlasten wollen, befragen Sie Ihre Parteifreunde in Berlin. Die Union hat das vor der Bundestagswahl wenigstens angekündigt. Sie haben vor der Bundestagswahl plakatiert: Merkel steuert – das wird teuer. Das müssen Sie sich gefallen lassen. Dadurch sind die Familien in der Lebenswirklichkeit viel stärker belastet worden als durch die Änderung der Elternbeitragsregelung in Nordrhein-Westfalen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Aber das ersparen Sie denen auch nicht!)

– Das war die Belastung, die Sie als Sozialdemokraten mit zu verantworten haben, obwohl Sie sich vor der Bundestagswahl dagegen gewehrt haben. Die CDU war wenigstens so couragiert, das vor der Bundestagswahl anzukündigen. Sie haben sich einen schlanken Fuß gemacht und das mit beschlossen. Sie haben mit beschlossen, dass auch die Mehrwertsteuer auf Windeln um drei Prozentpunkte erhöht wird. Sie müssen sich fragen, wie glaubwürdig Sie sind, wenn Sie jetzt hier das Hohelied der Entlastung der Familien singen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Wir hingegen sagen: Die Familien müssen entlastet werden, und zwar an unterschiedlichen Stellen. Am leichtesten und am besten – da sind übrigens in den öffentlichen Haushalten noch eher Spielräume vorhanden – gelingt das über den Bund und seine Steuersysteme und übrigens auch, was vielleicht ein Anfang wäre, indem man darüber nachdenkt, wie man diese grauenhaften Regelungen zur steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten entbürokratisiert.

Das, was da beschlossen worden ist, ist ein Monstrum. Für einen Teil der Kinder kann man einen Teil der Kinderbetreuungskosten absetzen. Das versteht doch niemand mehr. Das müsste klar geregelt werden: für jedes Kind ein klarer Satz, und zwar nicht mit Prozentpunkten, sondern in einer festen Größenordnung berechnet, viel höher als die 4.000 €. Das wäre ein erster Schritt. Dafür müssten Sie sich einsetzen.

Wir müssten über das Steuersystem insgesamt reden. Das ist nicht der richtige Ort dafür. Erst im nächsten Schritt käme das Land Nordrhein-Westfalen ins Obligo und müsste prüfen, was es bei den Elternbeiträgen machen kann. Hier sehen die haushaltlichen Spielräume nämlich ganz anders aus als in Berlin. Sie sind viel geringer als in einem Bundeshaushalt, der, wie Sie wissen, vor allen Dingen von Fördertatbeständen mitgeprägt ist.

Wir als Freie Demokraten sind für eine solche Diskussion aufgeschlossen. Ich bekenne ausdrücklich, dass wir auch anstreben, das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen. Ich sage übrigens ausdrücklich „das letzte Kindergartenjahr“, damit keine Anreize für eine verfrühte Einschulung entstehen, weil der Schulbesuch kostenfrei ist, während der Besuch einer Kindertageseinrichtung noch entgeltlich ist. Dabei darf nur der jeweilige Entwicklungsstand der Kinder eine Rolle spielen. Deshalb ist es aus meiner Sicht sinnvoll, das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen. Damit wollen wir beginnen.

Aber das muss in einer klaren Prioritätenfolge geschehen. Die erste Priorität ist, dass wir die Zahl der Plätze der unter Dreijährigen ausbauen müssen.

Die zweite Priorität ist, dass wir viel tun müssen, um auch die Qualität der Kindertageseinrichtungen anzupassen. Das Land Berlin hat auf den Elternbeitrag verzichtet und gleichzeitig solche Personalbetreuungsquoten bei den unter Dreijährigen, dass man tatsächlich Angst haben und sich fragen muss, ob man sich sorgfältig um die Kinder kümmert und ob eine richtige Betreuung überhaupt noch möglich ist. 1:10 ist die Personalrelation. – Das ist also die zweite Priorität.

Die dritte Priorität – dafür werden wir uns in dieser Legislaturperiode mutmaßlich keine Spielräume mehr erarbeiten – ist die Entlastung der Eltern bei den Beiträgen. Aber das muss eben in dieser Reihenfolge geschehen – und nicht alles gleichzeitig; denn das ist nun wirklich keine realistische Politik. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Kollegin Asch das Wort.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Jahre 2006 hat diese Landesregierung den Kommunen den solidarischen

Ausgleich der nicht eingenommenen Elternbeiträge gestrichen. Damals, im Jahre 2006, haben wir das vorausgesagt, was jetzt eingetreten ist und eindrücklich mit der Studie, die „Eltern“ veröffentlicht hat, bestätigt wurde: Die soziale Spaltung im Lande wird zunehmen, weil arme Kommunen mit vielen armen Einwohnerinnen weniger Elternbeiträge einnehmen und weniger in den Kassen haben, um ihre Infrastruktur in den Kindertagesstätten zu finanzieren. Das haben wir immer vorausgesagt, und genau das ist eingetreten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Damit nimmt diese Landesregierung immer noch billigend in Kauf, dass arme Kinder in diesem Land weniger gefördert werden als Kinder, die das Glück haben, in einer reichen Kommune aufzuwachsen, weil diesen Kommunen weniger Geld zur Verfügung steht, um die Infrastruktur, die Unterstützung, die Bildungslaufbahn dieser Kinder zu fördern.

Wir haben gesehen – die „Eltern“-Studie hat das auch sehr deutlich gezeigt –: In Nordrhein-Westfalen müssen Städte wie Bochum, Gelsenkirchen, Haltern, Herne, Marl, alles Städte, die in der Haushaltssicherung sind oder keinen genehmigten Haushalt haben, also im Nothaushalt sind, die höchsten Elternbeiträge einnehmen. Genau diese Städte müssen die Familien in viel höherem Maße zur Kasse bitten. Das, Herr Laschet, hat natürlich einen unmittelbaren Einfluss auf die Entscheidung von Familien, wo sie sich niederlassen werden. Das ist doch ganz klar.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das bedeutet, dass die Chancen dieser Kommunen, endlich mal aus ihrer Misere herauszukommen, sich nicht verbessern werden. Sie versperren diesen Kommunen die Entwicklungschancen, weil sie einen wesentlichen Standortfaktor, nämlich Familienförderung, nicht in dem gleichen Umfang leisten können wie zum Beispiel reiche Städte wie Düsseldorf.

Damit sind wir bei dem Punkt, bei dem ich überhaupt nicht verstehe, warum du, Walter Kern, dich über eine Maßnahme wie Elternbeitragsfreiheit so aufregst. Herr Erwin – der gehört, glaube ich, zu euch, wenn mich nicht alles täuscht – hat jetzt für seine schwarz geführte Kommune Düsseldorf verkündet: Wir führen die Elternbeitragsfreiheit ein.

Eure CDU-Fraktion im Kölner Rat stellt populistische Anträge, obwohl sich Köln leider immer noch in der Haushaltssicherung befindet: Ihr müsst die

Elternbeitragsfreiheit einführen. – Das ist ein CDU-Antrag; den kann ich dir zeigen.

Auch im Kreis Düren wurde auf Antrag der CDU-Fraktion beschlossen: Das erste oder das letzte Kindergartenjahr soll frei sein. Stimmt ihr euch in der großen Partei der CDU irgendwie inhaltlich ab? Ich habe nicht das Gefühl. Denn während hier im Landtag gegen Beitragsfreiheit gewettert wird, wird sie von Kommunalpolitikern der CDU vor Ort beantragt. Das macht keinen Sinn.

(Beifall von der SPD – Minister Armin Laschet: Das ist doch bei den Grünen auch so!)

Hamburg – das werden wir um 18 Uhr gleich hören – hat mit einer anderen Konstellation, aber auch mit schwarzen Stimmen ein beitragsfreies Kindergartenjahr eingeführt.

Wir haben zum SPD-Antrag einen Entschließungsantrag vorgelegt. Denn das, was im SPD-Antrag vorgetragen wird, stößt aus zwei Gründen nicht auf unsere volle Zustimmung:

Erstens. Wir glauben nicht, dass es realistisch ist, bereits ab dem 1. August dieses Jahres ein Jahr beitragsfrei stellen zu können. Das scheint mir doch ein bisschen kurzfristig und deswegen auch unrealistisch, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion. Sie haben uns ein etwas kurzfristiges Vorhaben vorgelegt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zweitens. Wir sollten den Kommunen nicht vorschreiben, mit welchem Kindergartenjahr sie anfangen. Gerade das Beispiel Aachen, das wir im Moment akut und lebhaft vor Augen haben, zeigt, dass es auch Sinn macht, mit dem ersten Jahr, also bei den Dreijährigen, anzufangen. Es gibt einfach verschiedene Konzepte, die jeweils unterschiedlich ausgestaltet werden. Wir machen deswegen in unserem Entschließungsantrag den Vorschlag, in die kommunale Selbstverwaltung nicht einzugreifen und es den Kommunen vor Ort zu überlassen, wie sie jeweils einsteigen und das gestalten wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir glauben auch nicht, dass es angesichts der jetzigen Situation Sinn macht, wieder in das ursprüngliche Verfahren des Elternbeitragsdefizitenausgleichs einzusteigen. Das macht keinen Sinn mehr, weil wir wissen, dass sich aufgrund der Gesetzeslage seit dem Jahre 2006 sehr viele Kommunen mit eigenen Mitteln engagiert haben, um die Elternbeiträge gering zu halten. Dann kann es jetzt nicht sein, diejenigen Kommunen mit einer Rückkehr zu dem alten Verfahren zu bestrafen,

die sich schon aus Eigenmitteln sehr stark engagieren. Wir haben nun andere Bedingungen. Gleichwohl fordern wir, dass das Land dazu zurückkehrt, die Kommunen finanziell zu unterstützen, die keine 19 % an Elternbeiträgen einnehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das gebietet die soziale Gleichheit für das Land und die Gleichbehandlung der Kommunen.

Apropos Aachen: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, da spielt sich ein Stück aus dem Tollhaus ab. Die Stadt Aachen wird jetzt vom RP gegängelt. Das ist ein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung, der vor allem vor dem Hintergrund nicht zu akzeptieren ist,

(Beifall von den GRÜNEN)

dass das KiBiz Aachen 800.000 € kostet und der weggefallene Defizitenausgleich die Stadt Aachen 1,4 Millionen € gekostet hat. Das ist in der Summe mehr, als jetzt ein von Elternbeiträgen freigestelltes Jahr die Eltern und die Kommune kosten würde. Insoweit entbehrt dieser Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung jeglicher aufsichtsrechtlichen Grundlage.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Laschet.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von dem, was Frau Kollegin Asch bei ihrer letzten Wortmeldung gesagt hat, kann ich einiges teilen. Sie hat dann allerdings einen Kritikpunkt genannt: Aufgrund der großen Unterschiede zwischen den Kommunen müsse man zu einem Ausgleich zwischen den reicheren und den ärmeren Kommunen kommen.

Exakt das tut das GFG. Weil wir genau diesen Ausgleich zwischen einer reichen Kommune und einer armen Kommune herbeiführen, klagt der Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf auch gegen das Land.

(Ralf Jäger [SPD]: Schauen Sie doch einmal in die Kommunalverfassung! Darin steht etwas ganz anderes!)

Genau auf diese Art und Weise bekommen die Kommunen, die das Geld brauchen, mehr Geld.

Der Elternbeitragsausgleich ist aber – das haben Sie ja gerade gehört – der falsche Vorschlag. Mit

der Idee, dieses bürokratische Instrument wieder einzuführen, stehen Sie in diesem Hause inzwischen ganz alleine da. Selbst die Grünen haben hier gerade erklärt, dass eine Rückkehr zu diesem Verfahren keinen Sinn macht. Das ist eine kluge Erkenntnis.

Zum Anlass dieser Debatte haben Sie genommen, dass in der Zeitschrift „Eltern“ bestimmte Zahlen über die Gebührenfreiheit und die unterschiedlichen Beitragssätze im Lande vermittelt worden sind. Es gibt zwei, drei Grundbotschaften, über die man streiten kann. Halten Elternbeiträge Kinder aus Kindergärten fern – ja oder nein? Das ist die Grundfrage.

Einige haben hier auch so argumentiert. Herr Kollege Jörg hat gesagt, Elternbeitragsfreiheit sei im Sinne der Kinderarmut sinnvoll, damit die armen Kinder weiter in Kindergärten gehen könnten. Die Anmeldezahlen beweisen allerdings das Gegenteil. Wenn plötzlich mehr Kinder angemeldet werden und Eltern längere Betreuungszeiten buchen, kann man nur zu dem Schluss kommen: Der Beitrag hält kein einziges Kind von dem Gang in den Kindergarten ab.

(Zuruf von Sören Link [SPD])

Das ist die eine Erkenntnis, die offenkundig ...

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

– Entschuldigung, Moment! Wir reden gleich einmal darüber, für welche Klientelgruppe Sie sich hier eigentlich einsetzen. Jedenfalls nicht für arme Kinder;

(Beifall von CDU und FDP)

denn diese Kinder zahlen überhaupt keine Beiträge. Wir reden gleich darüber, worüber Sie sprechen.

Die Eltern melden auf jeden Fall mehr Kinder an. Wir haben mehr Kinder im Kindergarten. Die Eltern wählen längere Buchungszeiten. Also wird kein Kind vom Kindergartenbesuch abgehalten. Außerdem besuchen heute schon 97 % aller Kinder im Alter von fünf Jahren den Kindergarten bis zum letzten Kindergartenjahr. Die fehlenden 3 % sind auch nicht diejenigen, die sich durch Elternbeiträge abschrecken lassen. – Das ist die erste Botschaft.

Zweite Botschaft: Unterschiedliche Gebühren – das hat Herr Kollege Sagel heute hier vorgetragen; die SPD ist ihm da wahrscheinlich schon in vorausseilender Koalitionsliebe beigeprungen ...

(Ralf Jäger [SPD]: Herr Laschet, jetzt geht das Niveau wieder ganz nach unten!)

– Sie wollen ihn doch als Koalitionspartner, ich doch nicht. Das ist doch Ihr Wunsch. Ihre Frau Kraft will das doch, ich doch nicht.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Link?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich möchte gerade einmal das Argument nennen, warum er falsch liegt.

Vizepräsident Oliver Keymis: Also keine Zwischenfrage?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Vielleicht später. – Er hat Düsseldorf und Gelsenkirchen verglichen und gesagt, in der reichen Kommune Düsseldorf seien die Kinder besser dran, und in Gelsenkirchen seien sie schlechter dran.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Das habe ich nicht gesagt!)

– Das haben Sie sehr wohl gesagt.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Ich habe gesagt: Die Eltern müssen in Düsseldorf weniger bezahlen!)

– Okay. Also: Die Eltern sind dort besser dran.

(Britta Altenkamp [SPD]: Sie müssen weniger bezahlen!)

Unter dem Gesichtspunkt der Kinderarmut zahlen 50 % der Eltern in Gelsenkirchen keine Kindergartenbeiträge.

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Was heißt das denn?)

– Deshalb ist der Vergleich mit Düsseldorf falsch. In Düsseldorf beginnt die Einkommensstufe erst ab 24.000 €. Auch in Düsseldorf gibt es arme Familien. Sie haben aufgrund der Beitragsstaffel ebenfalls im größeren Umfang Beitragsfreiheit, als das in der Kommune Düsseldorf eigentlich üblich ist.

Dann hat Herr Sagel hier Spitzensätze vorgetragen.

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD] – Gegenruf von Britta Altenkamp [SPD])

Frau Altenkamp, die Spizentabelle in Düsseldorf endet ...

(Ralf Jäger [SPD]: Das ist genauso logisch wie der Satz: Nachts ist es kälter als draußen!)

– Hören Sie doch einmal zu. Es ist immer blöd, wenn jemand das, was Sie hier behaupten, dann mit Zahlen widerlegt. Aber dem müssen Sie sich jetzt einfach einmal unterziehen. – In Düsseldorf endet die Tabelle bei 70.000 €. Dort zahlen Sie für eine 45-stündige U3-Betreuung 370 €. In Gelsenkirchen zahlen Sie in diesem Fall 339 €. Die von Ihnen heute ins Feld geführten 600 € zahlen Sie dort ab einem Einkommen von 125.000 €.

Ich weiß nicht, ob die Linke in Nordrhein-Westfalen Interessenvertreter der Menschen ist, die über 125.000 € Einkommen haben.

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE])

Wir stehen jedenfalls auf der Seite der kleinen Leute – und die zahlen gar nichts, Herr Sagel.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie jetzt die Zwischenfrage des Abgeordneten Link?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön. – Bitte schön, Herr Kollege Link.

Sören Link¹⁾ (SPD): Vielen Dank, Herr Minister. – Sie haben gerade ausgeführt – ich zitiere jetzt einmal sinngemäß –, die höheren Beiträge seien kein Problem; das sehe man daran, dass es höhere Anmeldezahlen gebe. Diejenigen, die finanziell eher schlechter gestellt seien, zahlten ohnehin nichts. – So habe ich das einmal kurz zusammengefasst. Ich hoffe, es ist richtig wiedergegeben.

Können Sie sich möglicherweise vorstellen, dass es Leute gibt, die nicht unter die Beitragsfreiheit fallen, sondern ein Einkommen haben, das knapp über der Grenze liegt, und sich diese höheren Beiträge von ihrem verfügbaren Familieneinkommen abknapsen, weil sie wollen, dass ihre Kinder gut und früh betreut werden, und deswegen auf andere Sachen verzichten? Diese Entscheidung ist ja richtig. Aber können Sie sich das vorstellen?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Das kann ich mir sehr gut vorstellen. Deshalb muss ich auch sagen, dass die Kommunen im Lande das sehr verant-

wortungsvoll gemacht haben. Wir haben in der Tendenz bei den niedrigen Einkommen eine Entlastung der Eltern.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Fast überall, wo Sie kritisieren, dass Elternbeiträge erhöht worden sind, haben die Kommunen das bei den höheren Einkommen getan.

(Beifall CDU und FDP)

Wir können die Tabelle gerne durchgehen. Die Kommunen haben fast alle bei höheren Einkommen mehr verlangt und die früher bei 16.000 € liegende Landesgrenze eher noch nach oben geschoben. Die Betroffenen stehen sich heute besser als zu der Zeit, als es den landesweiten Beitrag gab.

(Beifall von Christian Lindner [FDP])

So ist das.

(Ralf Jäger [SPD]: Das ist eine Wahrnehmungsstörung!)

Ich lobe auch die SPD-Kommunen. Die haben das auch so gemacht.

(Ralf Jäger [SPD]: Tun Sie das besser nicht! Das irritiert die!)

Sie haben das alle so gemacht. Bei 16.000 € setzte früher die Beitragspflicht mit Minimalbeiträgen ein. Fast jede Kommune hat die Grenze für diese Minimalbeiträge nach oben geschoben und verlangt bei den höheren Einkommen dann in der Tat mehr. Das kann man auch problematisieren – aber nicht mit dem Argument von Kinderarmut und sozialer Gerechtigkeit.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine zweite Zwischenfrage, diesmal des Abgeordneten Sagel?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Nein. – Ja, doch; Herrn Sagel nehme ich gerne.

(Allgemeine Heiterkeit)

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege Sagel.

Rüdiger Sagel¹⁾ (fraktionslos): Danke, Herr Präsident. Jetzt scheint es zwischen uns ja zu klappen. – Herr Minister, die Zahlen sind nicht von mir. Das sind auch keine Spitzenzahlen. Haben Sie diese bundesweite Vergleichsstudie, die auch Zahlen für NRW liefert, einmal gelesen? Darin sind Durchschnittszahlen angegeben. Das sind auch die Zah-

len, die in allen Presseartikeln veröffentlicht worden sind. Es sind eben mitnichten die Spitzenverdienerzahlen, die Sie angegeben haben. Ich kann mich da nur auf die Studie beziehen.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Sagel, ich habe Ihre Zahlen ja gar nicht infrage gestellt. Allerdings muss man dann schon einmal genauer hingucken. Man kann sein Wissen ja nicht ausschließlich aus der Zeitschrift „Eltern“ beziehen, in der nur ein einziger Wert angegeben ist. Daher habe mir einmal die ganze Tabelle der Stadt Gelsenkirchen besorgt, die ca. 15 Einkommensstufen umfasst. Wenn Sie sich diese Tabelle von oben bis unten anschauen, kommen Sie zu dem Ergebnis, das ich hier eben vorgetragen habe.

Gelsenkirchen hat das sehr verantwortungsvoll gemacht. Man kann den Oberbürgermeister und die Mehrheit in Gelsenkirchen also nur loben. Sie haben eine Tabelle erarbeitet, die die soziale Gerechtigkeit genau widerspiegelt.

Düsseldorf hat es übrigens angesichts seiner finanziellen Lage auch sehr gut gemacht. Auch das muss man sagen. Jede Stadt hat nach ihren Möglichkeiten die Chance, Schwerpunkte zu setzen.

Jetzt nenne ich Ihnen ein letztes Argument zu dieser Beitragsfreiheit, das mich wieder in die Nähe von Frau Asch bringt. Auch hier liegen die Sozialdemokraten meiner Meinung nach falsch. Christian Lindner hat das für Berlin beschrieben.

Elternbeitragsfreiheit – fallen Sie nicht in Ohnmacht, Herr Finanzminister – kostet pro Jahr 150 Millionen €. Wenn Sie das für drei Jahre machen, kostet das 450 Millionen €, liebe Frau Asch.

Wenn ich die hätte, wenn mir der Finanzminister mir die so eben mal gäbe, wie das die SPD fordert, würde ich die erst mal in einen weiteren qualitativen Ausbau der U3-Betreuung stecken.

(Beifall von der SPD)

Wenn ich dann immer noch etwas übrig hätte, würde ich das Geld in eine bessere Qualität investieren und die Gruppen kleiner machen. Es ist die mittelfristige Aufgabe, wenn wir mal wieder finanzielle Spielräume haben, die Gruppen kleiner zu machen.

(Beifall von der CDU)

Als Drittes würde ich das Geld in eine bessere Ausbildung und in eine bessere Bezahlung von Erzieherinnen stecken.

(Beifall von der CDU)

Auch das wäre für mich noch wichtiger, als die Beitragsfreiheit einzuführen. Und wenn dann immer noch Geld da wäre, könnte man mit mir über Beitragsfreiheit reden.

Sie haben das Beispiel Aachen ein paar Mal erwähnt: Das erste Kindergartenjahr komplett frei ist nicht unbedingt eine soziale Wohltat. Die CDU hatte vorgeschlagen, bis zu einem Einkommen von 50.000 € über drei Jahre keine Beiträge zu erheben. Dann hätte man genau die erfasst, die Kollege Link eben beschrieben hat, nämlich die, die knapp über der Schwelle liegen. Ich kann nicht einsehen, warum ein Millionär in Nordrhein-Westfalen keine Kindergartenbeiträge bezahlen soll.

Wir wollen die Qualität verbessern. Wir brauchen mehr Geld im System. Insofern ist Ihr Antrag, mit dem Sie in diesem Hause inzwischen alleine stehen, keiner, der zukunftsgerichtet ist, keiner, der sozial gerecht ist, und keiner, der die Qualität in den Kindertagesstätten verbessert.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Laschet. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Töns.

Markus Töns (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute war schon viel die Rede von Gelsenkirchen. Dann möchte ich dazu auch noch das eine oder andere sagen, weil hier einige Zahlen durch den Raum geworfen wurden. Es wurde immer wilder. Bei der Koalition und gerade auch bei den Ministern hat man manchmal den Eindruck: Es grenzt schon an Selbstsuggestion, was die hier veranstalten. Das muss man ganz ehrlich so sagen.

(Beifall von der SPD)

Herr Kern spricht davon, wir wollten den Preis drücken und wir wollten es billiger machen. Was heißt das denn, Herr Kern? Heißt das, dass wir beim Personal sparen, wie es mit dem KiBiz schon passiert ist?

(Bernhard Tenhumberg [CDU]: Das haben Sie gemacht!)

Oder was heißt das? Uns geht es bei diesem Antrag – das will ich ganz deutlich sagen – um soziale Gerechtigkeit. Mit KiBiz ist angeblich alles besser geworden, Herr Minister, alles toll im Land: Das Land gibt mehr Geld. Es geht besser, in den Kommunen, ganz toll.

Für Gelsenkirchen behauptet Ihr Kollege Verkehrsminister, Herr Wittke, dass es 3,2 Millionen € dieses Jahr mehr gäbe. Es gibt ja einen Bewilligungsbescheid. Was heißt das denn konkret?

Konkret heißt das: Die gewählten Betreuungsformen der Eltern und die Umsetzung von KiBiz kosten beispielsweise die Stadt Gelsenkirchen real 8 Millionen € im Jahr mehr. Jetzt rechnen wir die 1,9 Millionen € Elternbeitragsdefizit drauf, die fehlen, die Sie, die Ihre Regierung gestrichen haben. Dann sind wir bei 10 Millionen €. Das Land gibt 3,2 Millionen € mehr. Nach meiner Rechnung werden zwei Drittel der Mehrkosten, die durch KiBiz erzeugt werden, von den Kommunen getragen. Die Kommunen tragen die Last, und sie erledigen die Arbeit vor Ort.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn dies alles so richtig ist, wäre alles ja noch gut und schön. Aber dann kommt zur Dreistigkeit der Geschichte hinzu, dass das Land und Sie, Herr Laschet, ca. ein Viertel der Betreuungsplätze U3 im Land bei den Bewilligungsbescheiden unter Haushaltsvorbehalt stellen. Das heißt, Sie versetzen die Kommunen, die jetzt planen müssen, die jetzt konkret mit den Trägern umsetzen müssen, in eine Haushaltslage, in der Sie nicht wissen, ob sie es am Ende des Jahres überhaupt hinbekommen, ob Sie als Nothaushaltsgemeinde vielleicht gar nicht genehmigt bekommen, was Sie da machen.

Denn Ihr Innenminister, Ihr Kollege, verfährt da ganz anders.

(Minister Armin Laschet: Nein!)

Dafür gibt es deutliche Beispiele.

(Minister Armin Laschet: Wo denn?)

– Ich kann Ihnen die Beispiele nennen, sogar aus Gelsenkirchen, weil Sie die Beitragstabelle eben besonders gelobt haben. Schauen Sie sich das einmal genauer an! Kennen Sie die Historie noch, wie das entstanden ist?

(Minister Armin Laschet: Die haben erst einmal mit 800 € angefangen!)

– Kennen Sie die Historie, wie das passiert ist? Kennen Sie sie noch? Das ist ganz einfach: Es gab eine Elternbeitragstabelle in Gelsenkirchen. Gelsenkirchen ist eine Nothaushaltsgemeinde. Dann hat die Kommunalaufsicht gesagt: Ihr müsst die 19 % erreichen – mit euren Elternbeiträgen erreicht ihr die nicht –, sonst bekommt ihr euren Haushalt nicht genehmigt.

(Minister Armin Laschet: Das hat sie nicht gesagt!)

– Doch, das hat sie gesagt. Dann hat sie gesagt: Ihr müsst die Beiträge erhöhen. Die Stadt hat sich aus nachvollziehbaren Gründen geweigert und gesagt, sie könne das den Eltern nicht zumuten. Was ist passiert? Die Kommunalaufsicht, vertreten durch die Bezirksregierung, aber veranlasst durch den Innenminister, hat die Beitragstabelle erhöht. Was ist der Effekt an der Stelle? Die Beiträge sinken. Es sind nicht mehr Einnahmen in der Kommune. Daran wird deutlich, in welcher paranoiden Welt sich Ihre Vorstellungen bewegen. Das ist wirklich nicht nachvollziehbar.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Töns, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollege Kastner?

Markus Töns (SPD): Gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Kastner.

Marie-Theres Kastner (CDU): Herr Töns, ist Ihnen erstens bekannt, dass wir im Kinderbildungsgesetz einen Paragraphen verankert haben, der genau das, was Sie gerade geschildert haben, wieder aus der Welt geschafft hat?

Ist Ihnen zweitens bekannt, dass die Stadt Gelsenkirchen, die vorher sehr wenige U3-Plätze hatte, relativ hohe Anträge beim Minister gestellt hat und alle diese Plätze bewilligt worden sind? Das konnte sie nur beantragen, weil sie sie im Haushalt trotz Haushaltssicherung verankert hat. Ist Ihnen diese Regelung bekannt?

Markus Töns (SPD): Frau Kastner, diese Regelung ist mir bekannt. Zum einen wird Ihnen sicherlich bekannt sein, dass die Ersatzvornahme, die der Innenminister über die Bezirksregierung vorgenommen hat, auch Ihrer Fraktion außerordentlich peinlich war.

(Marie-Theres Kastner [CDU]: Die ist doch weg!)

Denn sie hat zu keinem Effekt geführt. Deshalb haben Sie sie doch gestrichen.

(Zurufe)

Zum anderen steht dort, dass zumindest ein Viertel der U3-Plätze in Gelsenkirchen unter Haushaltsvorbehalt stehen. Das ist für eine Gemeinde, die bisher noch keinen genehmigten Haushalt hat,

eine außerordentlich schwierige Situation. Das halte ich schon für sehr abenteuerlich.

Meine Damen und Herren, in Nordrhein-Westfalen brauchen wir eine mittelfristige Konzeption für die vollständige Einführung der Beitragsfreiheit für frühkindliche Bildung. Dazu muss das letzte Kindergartenjahr nach meiner Überzeugung schon ab dem 1. August 2008 beitragsfrei sein. Das erwarten die Eltern und die Kinder von einer verantwortungsvollen Landesregierung. Hätten Sie jemals verantwortungsvoll gehandelt, hätten Sie sich intensiver um die frühkindliche Bildung und die Elternbeiträge gekümmert.

Ich will es noch einmal ganz deutlich sagen, Frau Asch: Wenn man Ihrer Argumentation folgen würde, es den Kommunen zu überlassen, die es können, würde man genau die Nothaushaltsgemeinden bestrafen.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Das haben Sie falsch verstanden! Lesen Sie unseren Antrag!)

Ich möchte noch auf einen weiteren Punkt hinweisen, Herr Minister: Sie irren ganz gewaltig, wenn Sie sagen, dass die soziale Schieflage in Bezug auf die Elternbeiträge und das Elternbeitragsdefizit zwischen verschiedenen Kommunen nur über das GFG zu lösen ist. Sie sollten in die Landesverfassung schauen.

In unserem Antrag geht es uns um die Kinder und um die Finanzierung der Plätze. Gerade die Kommunen, die es schwer haben, an dieser Stelle zu investieren, aber mehr Plätze einrichten wollen, sollen dazu in die Lage versetzt werden – und zwar ohne Haushaltsvorbehalt, Frau Kastner. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Töns. – Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Kollege Tenhumberg zu Wort gemeldet.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Jörg, ich wäre vorsichtig, von Ungleichheit zu sprechen. Denn während Ihrer Regierungsverantwortung gab es eine Ungleichheit bei der U3-Betreuung, indem Sie wenigen Kindern Plätze zugeordnet und viele außen vor gelassen haben.

(Beifall von der CDU)

Das ändern wir. Deshalb ist der Begriff der Ungleichheit völlig fehl am Platze.

Herr Töns, auch Sie sollten vorsichtig sein. Ich bin zu lange im Landtag,

(Zuruf von der SPD: Eben! Zu lange!)

um nicht zu wissen, wer die Personalquoten zu lasten der Kinderbetreuung und -bildung verändert hat.

(Beifall von der CDU)

Ich erinnere mich noch an die 440 Millionen DM. Wenn man die Wirklichkeit so verdreht und verkennt, müssen Sie sich nicht wundern, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, wenn Sie zur dritten Volkspartei absacken.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

In unserem Kinderbildungsgesetz ermöglichen wir den Kindern in den Kindergärten optimierte Chancen. Das bestätigen uns die Eltern in vielfältiger Weise. Zum neuen Kindergartenjahr ist die Zahl der Anmeldungen von Kindern zwischen drei und sechs Jahren um ca. 20.000 gestiegen. Das haben die Eltern trotz der Elternbeiträge und trotz des Elternbeitragsdefizitausgleichsverfahrens freiwillig gemacht. Sie haben sich für den Kindergarten entschieden, weil wir durch das KiBiz die Chancen für Kinder erheblich verbessert haben. Das finden die Eltern toll.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie haben lange davon gesprochen, dass Eltern nur die Betreuungszeit von 25 Stunden buchen würden. Ihre Verunsicherungstaktik, Ihre Strategie ist gescheitert: Eltern wissen es besser und nutzen die erweiterten Möglichkeiten für ihre Kinder. Wesentlich mehr Eltern als bisher haben sich für die längeren Betreuungszeiten entschieden und Ihre Behauptung damit nachweislich widerlegt.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Sie sind auch mit der U3-Betreuung sehr zufrieden. Die Nachfrage nach dieser Betreuungsform wächst. Überwiegend wird eine Betreuungszeit von 45 Stunden gewählt. Wir schaffen neue, bedarfsgerechte Möglichkeiten für Eltern und Kinder, von denen man unter rot-grüner Herrschaft nur träumen konnte.

Im SPD-Antrag steht:

„Kindertageseinrichtungen dürfen nicht als ‚Sparstrumpf‘ des Bildungswesens verstanden werden, sondern als die ‚Investitionsbank‘, mit der sich große Gewinne durch erfolgreiche Bildungsverläufe erzielen lassen.“

Genau das haben Sie jahrzehntelang nicht gemacht. Sie haben die Bildungschancen unserer Kinder und Jugendlichen vernachlässigt. Wir packen es an und investieren zusätzlich erhebliche Haushaltsmittel für unsere Kinder.

Es ist sehr ratsam, einmal auf das Jahr 2003 zurückzuschauen. Damals regierte noch Rot-Grün, und Frau Schäfer war Ministerin für Schule, Jugend und Kinder. Zum Thema Beitragsfreiheit im Kindergarten erklärte Herr Flessenkemper, den ich schätze, in der Plenarsitzung am 10. April 2003 für die SPD-Fraktion:

„Es gibt bereits heute Kinder, die beitragsfrei den Kindergarten besuchen. Allerdings ist bisher noch niemandem aufgefallen, dass diese Kinder allein aufgrund der Beitragsfreiheit gegenüber anderen Kindern effektiver gefördert werden.“

Die damalige Ministerin Ute Schäfer sagte:

„Ich möchte Herrn Flessenkemper ausdrücklich in der Aussage unterstützen, dass es ein Trugschluss ist zu glauben, durch eine Elternbeitragsfreiheit würden sich quasi automatisch die Bildungsleistungen dieser Einrichtungen verbessern lassen. ... Die Bildungsqualität einer Tageseinrichtung macht sich vielmehr daran fest, wie es ihr gelingt, sich in das Gesamtsystem der Förderung von Kindern einzupassen.“

Noch aufschlussreicher sind die Äußerungen der von mir geschätzten ehemaligen grünen Landtagsabgeordneten Ute Koczy, die in derselben Plenarsitzung zum Thema Beitragsfreiheit sagte:

„Beitragsfreiheit in den Kindertageseinrichtungen ist ein erstrebenswertes Ziel. Aber wer heute, am 10. April 2003, einen solchen Antrag ... stellt und kein Wort zur Finanzierung sagt, handelt aus meiner Sicht zutiefst polemisch und unseriös.“

(Beifall von der CDU)

„Dieser Antrag ist durch und durch von politischen Ränkezügen und bewusster Blindheit gegenüber den tatsächlichen Gegebenheiten getragen.“

Das gilt in Bezug auf die beiden Anträge der Opposition heute ebenso.

(Beifall von der CDU)

Weiterhin, meine Damen und Herren, sagte Ute Koczy – es ist sehr lehrreich nachzulesen, was die Parteien 2003 gesagt haben –, die ich noch einmal zitiere:

„In Zeiten, in denen das Land in allen Bereichen schmerzhaft Kürzungen vornehmen muss, will sie durch den Wegfall der Elternbeiträge ein weiteres Loch reißen. Allein für das letzte Jahr vor der Einschulung würden rund 90 Millionen € wegfallen, die aus anderen Bereichen umgeschichtet werden müssten.“

(Zurufe von den GRÜNEN)

„Die finanziell gebeutelten Kommunen, deren Anteil sich automatisch erhöhen würde, werden sich ... bedanken. ... Hier werden wichtige familienpolitische Ziele durch den Kakao gezogen, und man ignoriert die Wirklichkeit.“

Ich möchte dazu anmerken: Wir reden heute, wenn wir das letzte Beitragsjahr freistellen wollen, über einen Kostenblock von etwa 150 Millionen €.

Liebe Opposition, in Anbetracht Ihrer begründeten Position aus Ihrer Regierungszeit: Kehren Sie zurück zur Vernunft und folgen Sie der Aufforderung Ihres damaligen jugendpolitischen Sprechers! Lasst uns nachdenken, welche Punkte wir bei aller Differenzierung gemeinsam nach vorne bringen können!

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege, erlauben Sie noch eine Zwischenfrage?

Bernhard Tenhumberg (CDU): Ich komme gleich zum Schluss.

Natürlich, meine Damen und Herren, ist es wünschenswert, ein beitragsfreies Kindergartenjahr zu haben. Wir haben erklärt, dass wir uns das verlässlich und nachhaltig ab 2010/2011 wünschen. Wir setzen aber andere Prioritäten, die es abzuarbeiten gilt: mehr Qualität, bessere Ausbildung, um nur einige Herausforderungen zu nennen.

Lassen Sie mich schließen mit dem Zitat eines SPD-Kollegen aus diesem Hause:

„Sie erwarten von uns, dass wir vernünftige Konzepte richtig durchdenken und anschließend auf den Weg bringen und diese dann in aller Konsequenz umsetzen.“

Genau das, was der schlaue Kollege am 10. April 2003 gesagt hat, machen wir zuverlässig. Deshalb werden wir Ihre Anträge ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP – Britta Altenkamp [SPD]: Wollen Sie damit sagen, Sie setzten die Politik von Rot-Grün fort? Pfui Spinne!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Tenhumberg. – Herr Becker hat sich noch einmal für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gemeldet.

Horst Becker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die Debatte hört, muss man noch auf einige Dinge hinweisen: Zunächst einmal ist es immer angenehm, Bürgermeisterinnen oder Bürgermeister der CDU zu zitieren. Ich will den Bürgermeister aus Siegburg, einer Nachbarstadt meiner Heimatstadt, Herrn Huhn, zitieren. Man könnte den ganzen Brief vorlesen; dafür reicht die Zeit aber nicht. Darin steht, die Träger hätten nach Inkrafttreten des von Ihnen, also von Rüttgers, verantworteten Kinderbildungsgesetzes nur die Wahl, Personal abzubauen und damit die Betreuungsqualität zu verschlechtern, oder aus den Tarifverträgen aussteigen und die Gehälter zu senken, um die Betreuungsqualität zu erhalten. Beide Möglichkeiten seien nicht akzeptabel. – Sehen Sie, das sagen die Praktikerinnen und Praktiker!

Ich will Sie, Herr Laschet, wenn Sie über Aachen reden und sagen, es sei besser gewesen, drei Jahre zu ermäßigen, anstatt ein gebührenfreies Kindergartenjahr einzuführen, an ein Interview vom 31.01.2008 mit der „Aachener Zeitung“ erinnern, in dem Sie sich folgendermaßen gelobt haben:

„Ich bin froh, dass die Beiträge nicht nur stabil geblieben sind, sondern dass sich die Stadt nun sogar erlauben kann, das erste Kindergartenjahr beitragsfrei anzubieten.“

(Minister Armin Laschet: Ja!)

Ich finde, dass Sie und Herr Innenminister Wolf die ganze Zeit ein ziemlich mieses Schauspiel veranstalten. Ich habe Ihnen das gestern schon bei einem anderen Punkt dargelegt.

Die Kommunalaufsicht geht regelmäßig ins Rennen, wenn es um Kindergartenbeiträge geht – so auch in Aachen. Übrigens benutzt sie folgende Begründung bei einer Kommune, die sich nicht im Haushaltssicherungskonzept befindet: Man würde vor Ablauf eines Jahres möglicherweise Kassenkredite in Anspruch nehmen.

Aber die Landesregierung geht nicht ins Rennen und kümmert sich nicht bei Derivaten und Swaps! Sie kümmert sich nicht, wenn zum Beispiel Flughäfen von Kommunen im Haushaltssicherungskonzept oder von Nothaushaltskreisen finanziert werden! – Um das alles kümmern Sie sich nicht!

(Zuruf von der CDU: Zum Thema!)

Ich meine, das ist ein Armutszeugnis. Sie sollten sich endlich öffentlich dazu äußern, dass in Ihrer Heimatstadt von der Landesregierung und nicht von der dortigen Mehrheit ein derartiger Popanz aufgebaut worden ist. Die Begründung, die gegeben worden ist, hat für sehr viel Unruhe gegenüber einer Kommune gesorgt, die nicht im Haushaltssicherungskonzept ist, denn sie ist wirklich abstrus und hätte bei vielen Kommunen und in anderen Sachzusammenhängen längst unter Verweis auf § 77 Abs. 2 GO und Kassenkredite gegeben werden müssen. Ich finde, es würde Ihnen gut anstehen, mit uns dagegen vorzugehen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Becker. – Für die Landesregierung spricht jetzt noch einmal Herr Minister Laschet.

(Norbert Killewald [SPD]: Jetzt greift er an!)

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich beginne bei dem Kollegen Tünes

(Heiterkeit – Norbert Killewald [SPD]: Nein, Töns!)

– Tönjes, Tönes, ...

(Zurufe von der SPD: Töns!)

– Das habe ich auch gesagt. Das war zwischen „ö“ und „ü“.

(Norbert Killewald [SPD]: Das war Köln und nicht Gelsenkirchen! – Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist schlechter Aachener Karneval!)

Der Kollege Tönes ...

(Anhaltende Heiterkeit – Norbert Killewald [SPD]: Nein, Töns!)

– Töns, Entschuldigung. Es ist jedenfalls ein netter Kollege. So!

(Große Heiterkeit)

Er hat über die Geschichte rund um Gelsenkirchen gesprochen. Zugegebenermaßen hat er ein bisschen Geschichtsklitterung betrieben. Der Vorgang war etwas anders.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: So wie bei Herrn Töns?)

Der Oberbürgermeister von Gelsenkirchen

(Gerda Kieninger [SPD]: Sehr guter Mann! – Weitere Zurufe)

hat dem Rat von Gelsenkirchen etwas provokativ, damit das im ganzen Land wahrgenommen wurde, dermaßen überhöhte Beiträge vorgeschlagen – ich glaube, 800 € waren die Spitzenlösung –, dass der Rat in Gelsenkirchen gesagt hat: Das machen wir nicht.

(Zuruf von Bernhard Tenhumberg [CDU])

Er hat erst einmal gesagt, wie schlimm die Landesregierung sei: Man müsse so weit erhöhen. Dann hat der Rat heldenhaft gesagt: Das machen wir nicht; wir machen gar nichts. Dann hat die Kommunalaufsicht eingegriffen und gesagt: Gar nichts zu machen, geht nach der Gemeindeordnung nicht. Ihr müsst schon prüfen, ob Ihr Möglichkeiten habt, die Beiträge zu erhöhen. – Das hat Gelsenkirchen jetzt in einer Weise gemacht, die ich verantwortlich finde.

(Britta Altenkamp [SPD]: Aha!)

Bei einem Einkommen über 130.000 € – dabei bleibe ich – ist nicht einzusehen, warum nicht ein erhöhter Beitrag eingefordert werden kann. So war der Vorgang in Gelsenkirchen.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Minister, Herr Töns hat jetzt eine Frage an Sie. Würden Sie die genehmigen?

(Marc Jan Eumann [SPD]: Die hat er sich auch verdient!)

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Bitte. Aber fragen Sie mich nicht nach den Kommastellen!

Markus Töns (SPD): Herr Minister, meinen Namen lernen Sie noch; das ist kein Problem.

Meine Frage geht in folgende Richtung: Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass die Bezirksregierung Münster die Stadt Gelsenkirchen aufgefordert hatte, ihre Kindergartenbeitragstabelle anzupassen,

(Minister Armin Laschet: Ja!)

woraufhin der Oberbürgermeister einen Vorschlag gemacht hat, der jedoch vom Rat mit der Begründung abgelehnt wurde, diese 19 %, auch 14 %, könnten nicht annähernd erreicht werden – der Satz liegt derzeit bei 12,1 % –, weswegen die Bezirksregierung jetzt eine Ersatzvornahme vorgenommen hat? Die jetzige Kindergartenbeitragstabelle der Stadt Gelsenkirchen ist mit zwölf oder 13 Kommunen abgestimmt – unter anderem auch mit Bochum und Herne.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: In der Tat, so ist es. Die Bezirksregierung greift jetzt nicht ein, weil die Stadt sich gerade einer Prüfung auf höhere Beiträge unterzogen hat und zu keiner Sekunde gesagt worden ist: Ihr müsst exakt 19 % einholen. – Das ist zu keiner Sekunde gesagt worden, auch nicht von der Bezirksregierung. Gesagt wurde vielmehr: Ihr müsst prüfen, ob ihr Möglichkeiten habt, höhere Beiträge zu erheben. – Das hat Gelsenkirchen gemacht. Keine Bezirksregierung der Welt – auch nicht die Münsteraner, die da besonders streng ist – greift jetzt in Gelsenkirchen ein. – Das ist der erste Vorgang.

(Britta Altenkamp [SPD]: Abwarten!)

Der zweite Vorgang: Sie sagen, Gelsenkirchen muss mehr zahlen. Die Summen haben Sie hier eben genannt. Nur, damit die Verhältnisse klar sind: Alles das, was wir im Moment an U3-Ausbau machen, bewegt sich noch unterhalb der 20 %, die das rot-grüne Tagesausbaubetreuungsgesetz des Bundes vorgesehen hat.

(Zustimmung von der CDU)

All das, was die Kommunen da machen, folgt der Position des Bundes: Das könnt ihr finanzieren aus den Gewinnen, die Hartz IV euch bringt. – Keine Kommune hat Gewinne aus Hartz IV! Das war ein fehlerhaftes rot-grünes Bundesgesetz zulasten der Kommunen.

(Beifall von der CDU – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Frau Löhrmann, in der Zeit waren Sie noch in der Regierung.

(Monika Düker [GRÜNE]: Hartz IV war im Vermittlungsausschuss! – Weitere Zurufe)

Andere Bundesländer, beispielsweise Baden-Württemberg, geben nach dem Tagesausbaubetreuungsgesetz 10 % Zuschuss an die Kommune. Wir sagen: Uns ist das Anliegen so wichtig, dass wir für jeden U3-Platz wie für ganz normale Kindergartenplätze die Drittelfinanzierung vorsehen. Das ist eine Sonderleistung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Je mehr wir geben, je mehr steigt natürlich auch der kommunale Anteil, weil die Kommunen ebenfalls ein Drittel zur Finanzierung beitragen. Das ist mit den kommunalen Spitzenverbänden so besprochen worden. Insofern ist das kein Vorwurf an diese Landesregierung. Sie müssten sagen: Dass wir U3 in diesem Umfang zusätzlich für die Kommunen bereitstellen, ist eine Hilfe für die Kommunen. Ansonsten müssten sie das nämlich völlig

alleine machen, weil sie nach dem Tagesausbaubetreuungsgesetz vom Bund dazu verpflichtet worden sind.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Laschet, lassen Sie eine Frage von Frau Asch zu?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Nein.

Der Bürgermeister von Siegburg sagt, er müsse jetzt aus Tarifverträgen aussteigen. Die Frage ist, wer da richtig und wer falsch liegt. Kein anderer Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister muss aus Tarifverträgen aussteigen. Das scheint ein spezielles Siegburger Problem zu sein. Lieber Kollege Becker, die exakten Summen, wie viel Geld wir für wie viele Fachkräfte und für welche U3-Betreuung brauchen, sind mit drei kommunalen Spitzenverbänden in mühsamen Gesprächen erörtert und am Ende unterschrieben worden. Damit unterstellt Herr Huhn, dass seine Spitzenvertretung nicht in der Lage ist, Summen auszuhandeln, die für das ganze Land gelten. Es ist aber nur ein Problem von Herrn Huhn, denn von niemand anderem haben wir solche Schreiben bekommen. Im Gegenteil! Sie haben das Beispiel der Stadt Aachen gesehen: Die ist durch KiBiz sogar in der Lage, Beitragsfreiheit herzustellen.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Ja, aber wie macht die Stadt Aachen das denn?

(Weitere Zurufe)

– Rufen Sie doch nicht immer dazwischen: Die zahlen mehr! – Jede Kommune zahlt mehr, weil die Zahl der U3-Plätze insgesamt ansteigt und damit eine neue Aufgabe übernommen worden ist. Die Kommunen hätten auch nach dem GTK mehr bezahlt. Aber nach KiBiz bekommen sie mehr Geld vom Land. Das können Sie am Landeshaushalt ablesen. Immer weniger Kinder, immer mehr Geld – das ist die Politik dieser Regierung. Das ist etwas anderes als das, was Sie bis 2005 an Kürzungspolitik im Bereich frühkindlicher Bildung veranstaltet haben.

(Beifall von der CDU)

Mit diesem Ergebnis werden wir – wir haben das heute Morgen erörtert, wir werden das noch in ganz vielen Aktuellen Stunden erörtern – vor die Wähler treten und fragen: Sind 150 Millionen € mehr eigentlich gut oder schlecht für euch?

(Britta Altenkamp [SPD]: Da kann ich nur sagen: Helm ab zum Gebet!)

Sind mehr U3-Plätze eigentlich gut oder schlecht für die Kinder? – Diese Fragen werden wir auch gerne beantworten.

Zum heutigen Antrag stellen wir fest: Den Elternbeitragsdefizitausgleich wollen auch die Grünen nicht mehr einführen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Die sofortige Elternbeitragsfreiheit wollen die Grünen ebenfalls nicht einführen. Insofern steht die Sozialdemokratie wie bei vielen Zukunftsfragen des Landes heute alleine. Stimmen Sie über den Antrag ab! Ich glaube, unsere Konzepte sind zukunftsfähiger. Mit denen werden wir auch vor die Wähler treten.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Herzlichen Dank, Herr Minister Laschet. – Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann können wir zur Abstimmung kommen. Die antragstellende Fraktion der SPD hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen daher erstens zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrages** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/6530**. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Das sind Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Dann ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/6588**. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind CDU und FDP. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktion der SPD und Herr Sagel. Damit ist auch dieser Entschließungsantrag **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

11 WestLB konsolidieren – Novellierung des Sparkassengesetzes verschieben

Antrag
des Abgeordneten Rüdiger Sagel (fraktionslos)
Drucksache 14/6507

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6596

Ich eröffne die Beratung und gebe Herrn Sagel das Wort.